

Der Landwirt in Nassau.

Blätter für Landwirtschaft, Weinbau und Genossenschaftswesen
sowie Hauswirtschaft.

Unter Mitwirkung nassauischer
Landwirte herausgegeben
Vortreffliche Verbreitung in Nassau.

Geschäftsstelle: Nikolastraße 11.
Sprechsprecher Nr. 5915, 5916, 5917.

Erscheint alle vierzehn Tage.
Anzeigenpr. die Kolonials. 40 Pfg.
Hefenpreis: Mark 1.50.

Nr. 25.

Wiesbaden, den 7. Dezember 1916

8. Jahrgang.

Landwirtschaftl. Berichte.

Verwaltungsstelle der Hindenburgspende der deutschen Landwirte.

Im Sinne des Schreibens des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Reichskanzler regt sich allerorts im Vaterlande der Opferstimmung der deutschen Landwirte, die in vaterländischer Begeisterung bereit sind, von den ihnen aus Hausschlachtungen zutreffenden Nahrungsmitteln, insbesondere Speck und Schmalz freiwillig abzugeben, damit der Fettmangel der Schwerarbeiter, besonders in der Nahrungsmittelindustrie, behoben werden kann. Um einer Zersplitterung und ungeeigneten Verwendung der gesammelten Gaben vorzubeugen, ist eine Verwaltungsstelle der Hindenburg-Spende der deutschen Landwirte gebildet worden, an deren Spitze die Herren Graf von Schwerin-Löwitz, Freiherr von Wangenheim-Kleinspiegel und Landrat a. D. Rötger getreten sind und deren Geschäftsführung Geheimrat Regierungsrat von Schlieben in Berlin, Röhrenstraße 16, mit Unterstützung des Kgl. Württembergischen Oberamtmannes Scholl und des Kgl. Bayerischen Tierzuchtinspektors Dr. Rillas übernommen hat.

Die Verwaltungsstelle hat die Aufgaben, einerseits für die planmäßige Organisation der Sammlung zu sorgen, andererseits im Benehmen mit der Reichsleitung die Verteilung der gesammelten Gaben so zu regeln, daß diese in erster Linie besonders bedürftigen Industriearbeiterbezirken und -gemeinden zuströmen. An die Bundesregierungen ist vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes die Bitte gerichtet worden, ihrerseits Sammelstellen einzurichten, die geeignet sind, größere gesammelte Mengen von Fleisch, Speck, Schmalz usw. anzunehmen und einwandfrei zu lagern. Es ist zu hoffen, daß durch die ins Leben gerufene Organisation erreicht werden wird, daß die Gaben in vollem Umfange im Sinne der Anregung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und im Sinne der Weiber zur Verwendung gelangen.

Kartoffelaussaat und Zuckerrübenanbau.

Nach dem amtlichen Bericht hat in den Sitzungen der verstärkten Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses der Landwirtschaftsminister über die Ernährungsfragen und die Stellung der Landwirtschaft folgendes ausgeführt:

Das bekannte Schreiben des Feldmarschalls von Hindenburg und der Appell des Deutschen Landwirtschaftsrates würden dazu beitragen, in allen Schichten der Bevölkerung die Erkenntnis zu verbreiten, daß alles, was irgend möglich ist, hergegeben werden müsse, damit wir Herren der Lage bleiben. Gewiß gehe es ohne Zwang dabei nicht ab, aber der Zwang habe seine Grenzen, vor allem die Erzeugung lasse sich nicht erzwingen, sie könne nur dadurch gefördert werden, daß den Erzeugern die Möglichkeit und die Freude an der Erzeugung erhalten werde. Die Viehhändler hätten allerdings eine Minderung erfahren, am stärksten sei der Rückgang bei den Schweinen gewesen, während die Entwicklung beim Rindvieh im allgemeinen günstiger anzusehen sei. Beim Anbau von Getreide und Kartoffeln habe die Landwirtschaft voll ihre Schuldigkeit getan; wenn trotzdem keine Befriedigung über das Ergebnis der diesjährigen Ernte herrschen könne, so seien daran nicht die Leistungen der Landwirtschaft, sondern die Ungunst der

Witterung schuld. Die ungünstige Kartoffelernte sei vielfach darauf zurückzuführen, daß die Aussaat auf 8 Zentner für den Morgen beschränkt worden sei. Diese Auslegung der erlassenen Vorschriften beruhe auf einem Mißverständnis. Die Landwirte hätten zwar zur Aussaat für 1916 nur 8 Zentner auf den Morgen der Anbaufläche von 1915 behalten dürfen, es habe ihnen aber freigestanden, wenn sie mit einer Aussaat von 8 Zentnern nicht glaubten auskommen zu können, unter Einschränkung der Anbaufläche eine größere Menge zur Saat zu verwenden. Die Berichte über die Wirkungen des Zerschneidens der Saatkartoffeln wichen stark voneinander ab. In einzelnen Fällen habe das Zerschneiden der Saatkartoffeln unter bestimmten Verhältnissen ein Faulen der Kartoffeln zur Folge gehabt, in vielen anderen Fällen sei es ohne nachteilige Wirkung geblieben. In erster Linie hat neben der Ungunst des Wetters der ungenügende Verkehr mit Saatgut die schlechte Ernte herbeigeführt. Wegen der Beschränkungen des Saatkartoffelverkehrs habe man vielfach den Saatwechsel nicht vornehmen können, der zur Erzielung befriedigender Ernte unerlässlich sei. Die Einfuhr von Kartoffeln spiele für die Gesamtversorgung keine bedeutende Rolle. In normalen Jahren sei die Ausfuhr ungefähr so groß wie die Einfuhr gewesen. Die Einfuhr sei nur für einzelne Grenzbezirke von Bedeutung.

Bezüglich des Zuckerrübenbaues betonte der Minister in Übereinstimmung mit den Berichterstattern und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung mindestens der bisherigen Produktion und wies auf die Selbstbedürftigkeit der dazu zu treffenden Entschlüsse hin. Als Mittel sei an einen Zwang sei aber praktisch undurchführbar. Auch eine zwangsweise die vorjährige Anbaufläche wieder anzubauen verpflichtet würden, gedacht worden. Ein solcher Zwang sei aber praktisch undurchführbar. Auch eine zwangsweise Verlängerung der privaten Rübenbauverträge würde nur zu Entschädigungsforderungen der Fabriken gegen den säumigen Anbauer führen, den Anbau selbst aber nicht herbeiführen. Die Konkurrenz des Futterrübenbaues sei durch die Verordnung vom 28. Oktober 1916 zurückgedrängt, sie noch weiter, etwa durch Minderung der Höchstpreise für Futterrüben auszuscheiden, gehe nicht an, denn die Lage der Volksernährung verbiete eine Schädigung des Futterrübenbaues. So bleibe als Mittel zur Sicherung und Förderung des Zuckerrübenbaues nur übrig, den Preis für die Rüben entsprechend zu gestalten, wenn nicht etwa durch andere Zuwendungen den Zuckerrübenproduzenten ein genügendes Äquivalent sich bieten lasse. Als solche Zuwendung könnten namentlich die Vergabe von Stickstoffdüngern und die Befassung sämtlicher Schnitzel bei den Produzenten in Frage kommen. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Landesverwaltung bei ihrem Interesse an der Zuckerproduktion vielleicht Sonderzuwendungen von Stickstoff an die Zuckerrübenfabriken zur Präzisierung des Anbaues vornehmen würde. Dann könne ohne Klärung der Bezüge der übrigen Landwirtschaft eine Unterstützung des Rübenbaues stattfinden. Er, der Minister, würde auch einer Befassung sämtlicher Schnitzel, also nicht nur wie bisher von 75 Prozent, für den Rübenbauer zustimmen. Indessen könne von diesen kleinen Mitteln nicht alles erwartet werden, und ebenso könne von der Opferwilligkeit der Rübenbauer, die anzuerkennen die Berufsvertretungen gewiß nicht unterlassen würden, nicht verlangt werden, daß die Rübenbauer zu Preisen produzierten, die den erhofften und auch für das kommende Jahr sicher noch stehenden Unkosten nicht entsprächen. Die Forderung eines Rübenpreises von 3 Mark, wie er von einigen Seiten erhoben sei, erscheine zu hoch, sehr beachtenswert aber seien die Berechnungen des Professors Howarth, der einen Rübenanbaupreis von 2.10 Mark errechnet

habe. Aufgrund solcher Berechnungen werde man an einer den Interessen der Produktion gerecht werdenden Preisfestsetzung wohl nicht vorbeikommen.

Ein Gebot der Stunde.

Man schreibt uns:

Ein Gebiet, das, zweckdienlich in Angriff genommen, uns in der Beschaffung von Futtermitteln noch reiche Ernte verspricht, ist unsere Abfallverwertung. Beispiele beweisen, daß es möglich ist, im Kleinen wie im Großen erstaunliche Werte aus diesen bisher achtlos beiseite geworfenen Ueberbleibseln herauszuwirtschaften. Derartige Werte dürfen in dieser Zeit nicht ungenutzt verkommen. Nun ist freilich die Erfahrung gemacht worden, daß mancherorts nach einem ersten willigen Anlauf der Eifer bald nachließ und die angefangenen Sammlungen steden blieben. Meist war der Umstand daran schuld, daß der Erfolg der Sammelarbeit nicht sichtbar wurde. Die Abfälle wurden nicht sorgsam aufbewahrt, kamen in den meisten Fällen nicht regelmäßig zur Ablieferung und verderben deshalb vor der Verarbeitung. So erlahmte der beste Wille vor-schnell.

In dieser ersten Zeit, da Vergewandung eine Verständigung am Vaterlande, äußerste Sparsamkeit das tägliche Gebot, die Schaffung nutzbarer Stoffe aus dem Nichts eine bittere Notwendigkeit ist, muß die Abfallsammlung mit erneuter Energie aufgenommen werden. Wo sie bereits begonnen war, soll sie auf ihre Brauchbarkeit geprüft, nötigenfalls erneuert und erweitert werden. Die Hauptschwierigkeit, die bisher die Sammlungen meist ins Stocken brachten, ist behoben, für eine geregelte Abfuhr der verderblichen Abfälle und ihre brauchbare Verwertung ist Sorge getragen. Die Gesellschaft für deutsches Milchkraftfutter bietet ihre Mitarbeit an. Durch Bundesratsbeschluss hat sie den Auftrag bekommen, im ganzen Reich die Speisereste und Küchenabfälle zu sammeln und zu Milchkraftfutter zu verarbeiten. In Städten über 40 000 Einwohner können die Landeszentralbehörden mit Zustimmung des Reichskanzlers zugunsten der Gesellschaft den Sammelzwang anordnen. Die Küchenabfälle und Speisereste werden zu Milchkraftfutter verarbeitet, auf das die Städte, die Abfälle abliefern, in der Hauptsache zu Vorzugspreisen Anspruch haben. Auf diese Weise wird es möglich sein, erhebliche Mengen von Futterstoffen, die sonst verloren gehen, für das Durchhalten unserer Viehbestände nutzbar zu machen und die Milch- und Fleischversorgung unseres Volkes zu erleichtern. Die erste Zeit wird hoffentlich das Verständnis für die wichtigen Aufgaben, die der Gesellschaft für deutsches Milchkraftfutter gestellt sind, in allen Kreisen lebendig machen und den Eifer anspornen, bei diesem Werke mitzuhelfen. Für den einzelnen ist es eine kleine Mühe, dem Volksganzen aber trägt sie reiche und fest unentbehrliche Frucht. Die nachdrücklichste Ausnutzung der Küchenabfälle ist jetzt ein Gebot der Stunde.

Die Gesellschaft für deutsches Milchkraftfutter wird darauf zu sehen haben, daß kein Rest ungenutzt liegen bleibt. Wo die Sammlung der Küchenabfälle bereits geübt wird, wird sie auf ihre Brauchbarkeit nachzuprüfen sein. Wo aber dieses Gebiet noch brach liegt, wo zur Abfallverwertung noch nichts geschehen ist, muß sofort aus Werk gegangen werden, müssen Anregungen gegeben und mit Beschleunigung ausgebaut werden. Die Gesellschaft für deutsches Milchkraftfutter, Berlin W. 9, Köthener Straße 38, ist zur Mithilfe mit Rat und Tat gern bereit, stellt sich zur Beantwortung diesbezüglicher Fragen zur Verfügung und bittet um Mitteilung aller Bestrebungen, die die Neuerrichtung von Abfallsammlungen bezwecken. Die Verwertung der ungenutzten Stoffe darf nicht länger hinausgeschoben werden. Nichts darf umkommen. Ein jeder an seinem Teil muß mitarbeiten an dieser dringlichen Aufgabe. Auch das ist eine vaterländische Pflicht, ein Tat der nationalen Verteidigung.

Was die preussischen Viehhandelsverbände aufzubringen haben.

Zur Wirksamkeit des Zentralviehhandelsverbandes hat der Abg. Landrat von Haffel (vom Landesfleischamt) gelegentlich einer von diesem Verband veranstalteten Sonderfahrt nach Posen den Festteilnehmern an der Hand von Zahlen ein Bild der Lage unserer Fleischversorgung gegeben. Die am 15. Februar ins Leben gerufenen Viehhandelsverbände haben zunächst die auf sie gesetzte Hoffnung, daß es ihnen gelingen würde, eine ausreichende Menge von Schlachtvieh im freien Handel zu beschaffen, nicht er-

füllt. Und so wurde denn am 27. März d. J. das Umlagegesetz eingeführt, wonach der erforderliche Bedarf an Schlachtvieh, soweit er nicht freihändig erworben werden kann, von den einzelnen Kreisverbänden aufzubringen ist. Eine einheitliche Regelung ist nicht getroffen, vielmehr haben sich die Dinge in den einzelnen Provinzen verschieden entwickelt.

In allen preussischen Kreisen zusammengenommen sind derzeit aufzubringen:

wöchentlich	davon gehen an das Feldheer
an Rindern	32 546 Stück 15 334
an Schweinen	47 452 Stück 14 740
an Hammeln	17 746 Stück 4 348
an Kälbern	24 421 Stück —

In der Voraussetzung, daß die für die jetzt geltende Umlage geltenden Mengen auch in den anderen Viertel-jahren aufzubringen sind, so würde das zu bedeuten haben, daß im Laufe eines Jahres die preussischen Viehhandelsverbände aufzubringen hätten:

an Rindern	1 092 480
an Schweinen	2 467 512
an Hammeln	922 800
an Kälbern	1 269 900

das heißt alles zusammen genommen, Vieh in einem Werte von etwa 3 Milliarden Mark.

Man kann wohl hören, daß die Viehhandelsverbände sehr wohl in der Lage wären, die Bevölkerung reichlicher mit Fleisch zu versorgen. Ein Blick jedoch auf die Zahlen über unsere Viehbestände lehrt jedoch, daß die in ihrer Schärfe nun glücklich überwundene Krise in der Heran-mastung unseres Viehbestandes in höchst bedenklicher Weise unterbrochen werden würde, wollten die Viehhandelsverbände diesem Drängen nachgeben. Namentlich der Rückgang bei dem zwischen drei Monate und zwei Jahre altem Vieh, d. h. dem Vieh, das unsere Zukunft bildet, läßt die Notwendigkeit erkennen, unseren Viehbestand auch weiter schonend zu behandeln. Bei Ochsen und älterem Rindvieh hält sich der Rückgang zwar in bescheidenen Grenzen, aber es ist zu berücksichtigen, daß wir das Rindvieh und auch vielfach Kühe als Zugtiere an Stelle der Pferde bringend gebrauchen. Die Zahl der Kälber hat ein Ansteigen von 720 000 auf 1 150 000 von Oktober 1915 bis September 1916 aufzuweisen, jedoch ist dieses nur ein günstiges Zeichen für die Zukunft; für die allernächste Zeit ist also keine Besserung in der Fleischversorgung daraus zu erwarten. Jedenfalls aber kann man aus der allmählichen Besserung der Zahlen für eine Vermehrung unserer Milchkuhe günstige Schlüsse ziehen.

Ein empfehlenswerte Weg zur Förderung der Schweinemast.

Im Landkreis Coblenz ist, wie bereits gemeldet wurde, durch den dortigen Landrat und Vorsitzenden des Kreisausschusses eine aus Kreiseinwohnern bestehende Schweinemast-Genossenschaft begründet worden, nachdem der Landwirtschaftsminister die Durchführung genehmigt und die Grundsätze der Genossenschaft als empfehlenswert anerkannt hatte. Die Tätigkeit der Genossenschaft ist inzwischen auf die Mastung von Schweinen für den Staat aufgrund der bekannten Schweinemastverträge ausgedehnt worden. Sie schafft infolgedessen nicht nur für die kreiseingesehene Bevölkerung in den städtischen Bezirken des Landkreises Coblenz, sondern auch durch die Abgabe der Hälfte der Schweine an den Staat großen Nutzen. Wie aus der jetzt vorliegenden Ordnung der Schweinemast-Genossenschaft des Landkreises Coblenz hervorgeht, ist hier eine Einrichtung ins Leben gerufen worden, die vorbildlich genannt werden darf und von der dringend zu wünschen ist, daß sie auch in anderen Landesteilen mit teilweise städtischer Bevölkerung rege Nachahmung finden möge; denn es handelt sich hierbei in erster Reihe darum, die Schweinefleischversorgung gerade der städtischen Verbraucher zu bessern. Dieser Zweck der Schweinemast-Genossenschaft wird in der Satzung ausdrücklich betont. Jeder Genosse zahlt einen Beitrag ein, der für die Anschaffung eines Läufer Schweines genügt. Es wird als erwünscht bezeichnet, daß sich mehrere Familien zur Einlegung eines Schweines vereinigen, damit die Fleischgewinnung möglichst vielen Personen zugute kommt. Den Vorzug bei der Aufnahme in die Genossenschaft erhalten die nicht Landwirtschaft treibenden Haushaltungen aus dem städtischen Teile des Landkreises. Die Genossen werden nicht Eigentümer eines bestimmten einzelnen Schweines, sondern haben nur Anspruch auf den Bruchteil des auf sie entfallenden Fleischanteils. Etwaige Verluste tragen die Genossen zu gleichen Teilen. Die gleiche

Anzahl Schweine, welche die Genossenschaft zur Haus-
schlacht für die Genossen einlegt, wird zwecks Ableserung
an den Staat gemästet. Der Geldgewinn aus dieser
Mästung fließt den Genossen zu gleichen Teilen zu. Diese
haben an Futtermitteln für die Mast Hausabfallsfälle
an eine Sammelstelle zu liefern, in eigener Sammeltätigkeit
gewonnene Futtermittel, im wesentlichen Eiern und Ka-
staniën, abzugeben und nach Bedarf Zuschussfutter, wie Fut-
terrüben, Auschupfartoffeln usw., sowie Kraftfutter der
Genossenschaft zuzuführen.

Es sei ausdrücklich betont, daß die Ausführungsbestim-
mungen des Landwirtschaftsministers zur Verordnung über
die Fleischversorgung einer derartigen Schweinemast-Ge-
nossenschaft, bei der den Genossen die gesamten Fleischmar-
ken gegen die Sicherheit, Schweinefleisch und Fett zu er-
halten, für die entsprechende Zeit des Verbrauchs gekürzt
werden, nicht entgegenstehen.

Der Hackfruchtban.

Kali ist durch keinen anderen Düngestoff ersetzbar,
sagt Dr. Gustav Frölich, Professor der Landwirtschaft an
der Universität Göttingen, in dem höchst beachtenswerten
Werken „Der Hackfruchtban“, 2. Teil: Kartoffelbau.

Prof. Frölich führt aus: Physiologisch scheint das Kali
bei der Bildung der Stärke eine wichtige Rolle zu spielen,
wenngleich bei der Düngung mit Kalisalzsalzen vielfach ein
starker Rückgang des Stärkegehaltes und unter Umständen
auch des Stärkeertrages beobachtet worden ist. Der an-
scheinende Widerspruch erklärt sich dadurch, daß das Kali
an sich nährend wirkt, daß aber das in den Salzen stets
in überwiegender Menge vorhandene Chlor sowohl den
Knollenertrag wie auch den Stärkegehalt außerordentlich
ungünstig zu beeinflussen vermag. Die naheliegende Fol-
gerung aus dieser Tatsache ist die, daß man für die Kali-
düngung zunächst alle Stoffe heranzieht, welche möglichst
viel Kali, aber möglichst wenig Chlor enthalten. In dieser
Beziehung steht der Stallmist mit obenan, den wir noch da-
durch an Kali anreichern können, daß die Futterpflanzen
und Strohmenen, welche in den Ställen verwendet wer-
den, durch reichliche Düngung mit Kalisalzen ebenfalls mit
Kali angereichert werden. Aus demselben Grunde erhält
auch die der Kartoffel vorangehende Gründüngung eine
reichliche Zugabe an Kalisalzen.

Indessen wird damit in vielen Fällen der Kalibedarf
der Kartoffeln für eine hohe Ernte noch nicht gedeckt sein,
zumal sie ja meist auf leichteren, sandigen Boden angebaut
werden, die von Natur gewöhnlich sehr kalifarig sind. Es
bleibt darum nichts übrig, als auch noch mit Kalisalzen zu
düngen. Nach dem oben Gesagten können dafür nur solche
Kalisalze in Betracht kommen, die verhältnismäßig wenig
Chlor enthalten. Unter diesen verdient das sogenannte
40prozentige Kalidüngesalz den Vorzug. Allerdings ent-
hält es immer noch ebenso große Mengen an Chlor wie am
Kali, so daß mit 100 Kilo Kali auch 100 Kilo Chlor dem
Boden zugeführt werden; der Kainit enthält aber die 2/
fache Menge und der Karnallit gar die 4fache Menge an
Chlor, letzterer noch dazu vorwiegend in der besonders
schädlichen Form des Chlormagnesiums. Wenn deshalb
leichtere Salze ausnahmsweise zu Kartoffeln angewendet
werden sollen, so muß man darnach trachten, das Chlor so-
weit wie möglich zu beseitigen. Dies geschieht am einfach-
sten dadurch, daß die Salze schon im Herbst oder Vorwinter
ausgestreut werden. Einmal verteilen sie sich dadurch
gleichmäßig im Boden, dann aber wird vor allen Dingen
das Chlor durch das Kalium des Kalles zu dem im
Bodenwasser leicht beweglichen Chlorkalium gebunden
und in den Untergrund geführt, wo es nicht mehr schäd-
lich auf die Menge und Güte der Kartoffelernte einwir-
ken kann. Je frühzeitiger das Austreuen der Salze und
das Kalien vorgenommen wird, desto sicherer hat diese
wichtige Umkehrung schon stattgefunden, ehe sich die Kar-
toffeln entwickeln. Man wird darum auch das 40prozentige
Salz so früh vor der Bestellung austreuen, wie es sich
irgend einrichten läßt.

Die Bindung des Chlors durch Kali weist auf die Wich-
tigkeit und Unentbehrlichkeit dieses Düngestoffes als un-
mittelbare Pflanzennahrung hin. Es ist durch keinen an-
deren Stoff zu ersetzen. Viel bedeutsamer sind noch die
mittelbaren Wirkungen, die von dem Kali ausgehen. So
wissen wir ja, daß durch Kalksalz, die am schärfsten wir-
kende Form der Kalidüngung, eine Auflöserung der
Bodenbestandteile und namentlich eine auflösende Wir-
kung herbeigeführt wird, die auf allen schweren, tonigen
Bodenarten von besonderer Bedeutung sein muß.

Wochenbericht.

der Preisberichterstattung des Deutschen Landwirtschaftsrats
vom 28. November bis 4. Dezember 1918.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat die Landwirte in
allen Bezirken, in denen eine behördliche Herabsetzung der
Butterration noch nicht stattgefunden hat, aufgefordert, sich
im Hinblick auf die Notlage in der Fettversorgung frei-
willig einer Herabsetzung der Butterration von
180 auf 125 Gramm zu unterziehen. Die bayerische Fleisch-
versorgungsstelle hat angeordnet, daß von allen Schweine-
Hausschlachtungen bei einem Schlachtgewicht bis 120 Pfund
1 Pfund Fett abzuliefern ist, bei einem Schlachtgewicht von
121 bis 150 Pfund 2 Pfund Fett, bei einem Schlachtgewicht
von 151—180 Pfund 3 Pfund Fett, bei einem Schlachtgewicht
von 181—210 Pfund 4 Pfund Fett und bei einem Schlacht-
gewicht über 210 Pfund 5 Pfund Fett. Weitere Bedingun-
gen dürfen an die Genehmigung von Hausschlachtungen
nicht geknüpft werden. Das aus Hausschlachtungen so ge-
wonnene Fett ist ausschließlich zur Versorgung der bayeri-
schen Schwerarbeiter und, soweit die Vorräte zureichen,
der bayerischen Schwerarbeiter, insbesondere in der Kriegs-
bedarfsindustrie, bestimmt. In Preußen sind die Stall-
höchstpreise für schwere Kälber vom 4. Dezember ab auf 90
Mark für den Zentner bei einem Lebendgewicht von über
1½ Zentner herabgesetzt, statt wie bisher mit 100 Mark von
1½ bis 2 Zentner und mit 120 Mark von über 2 Zentner.
Das Kriegsbernährungsamt hat den Uebernahmepreis für
Auspuggerste auf 200 Mark für die Tonne festgesetzt. Die
Malklieferung von Delfuchen an Landwirte, die Delfrüchte
verkauft haben, erfolgt durch Einreichung der Bezugscheine
an die Kommunalverbände zur Weitergabe an die Provin-
zial- oder Landesfuttermittelstelle und von dieser an die
Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, welche die Del-
fuchen an die Landwirte zu liefern hat.

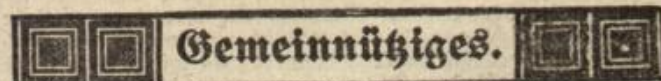
welche die Delfuchen an die Landwirte zu liefern hat.
Auf den Märkten machte sich die geringe Zufuhr, die
auf Verkehrsschwierigkeiten zurückzuführen ist, allgemein
geltend. Bei Kartoffeln fiel noch das winterliche Wetter
erschwerend ins Gewicht. Die Geschäftstätigkeit blieb ge-
ring. Industriehäfer war überwiegend angeboten. Etwas
Geschäft entwickelte sich auch in Rüben, doch konnte die Be-
darfsfrage, besonders in Pferdemeßröhren nicht annähernd
befriedigt werden. Hilsfuttermittel sind kaum noch in nen-
nenswerten Mengen im freien Handel. Das Angebot von
Zuckerrübenschnitzlingen fand schnelle Aufnahme zum Preise
von etwa 4.50 Mark per 100 Kilo. Sonst waren vereinzelt
noch Heidekraut, Heidekrauthäufel, sowie Schnitzklee
angeboten. Pflanzensafte wurde mit 20.50 Mark ge-
nannt, Knochenschrot mit 30 Mark, gemahlene Reinsaat-
gel mit 22 Mark, Schweinemastschrot mit 35 Mark der Zent-
ner. Für Heu zeigte sich dauernd gute Kauflust, die aus dem
vorhandenen Material nicht immer gedeckt werden konnte.
Saaten sind noch wie vor fest und knapp. In Kleesaat be-
schränkten sich die kleinen Umsätze auf alte minderwertige
Ware. Von neuer Ernte zeigte sich nur Angebot in Gelb-
und Weißklee von mittlerer Qualität. Auch Grassaaten
sind dauernd gut gefragt, besonders Thymotragas, desglei-
chen Serradella.

Anzeigepflicht für gesammelte Buchedern.

Nach der Verordnung über Buchedern vom 14. Septem-
ber 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1028) hat derjenige, der mit
Beginn des 1. Dezember mehr als fünf Zentner gesam-
melter Buchedern in Gewahrsam hat, die vorhandenen
Mengen dem Kriegsaussschuß für pflanzliche und tierische
Dele und Fette in Berlin am 1. Dezember 1918 anzuzeigen.
Die Beteiligten werden hiermit auf die Anzeigepflicht,
deren Versäumung mit Strafe bedroht wird, erneut hin-
gewiesen. Für die zu treffenden Maßnahmen ist es un-
entbehrlich, möglichst bald einen Ueberblick über das Sam-
melergebnis zu gewinnen.

Ankauf von Hagebutten.

Die Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmel-
aden, Berlin SW. 68, Kochstraße 8, kauft jede Menge von
Hagebutten auf und bittet um entsprechende Angebote.



Unsere Kriegskost.

Die „Deutsche Landwirtschaftliche Presse“ entnimmt den
„Blättern für biologische Medizin“ die folgende Erklärung:
Die Volksernährung im Kriege soll sein einfach, aber

nährhaft und gesund. Alle verfügbaren Nahrungsmittel sollten in möglichst natürlichem Zustande verwendet werden, nicht durch künstlichen entwertet und verteuert. Trotzdem werden wir im Winter viel Dauerkost (Konserven) nötig haben. Im Frieden waren wir an eine großstädtische Ernährungsweise mit viel Fleisch, Eiern, Milch, Feinmehl, Butter und Fett gewöhnt, in Verbindung mit einer sonstigen verweichlichenden Lebensweise. Jetzt hingegen müssen wir uns halten an grobes Brot, Grütze, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gemüse, Käse und Obst, mit sehr wenig Fett und Fleisch. Diese Kost, wenn langsam gegeben und gut gekaut, ist der Gesundheit durchaus förderlich. Sie verträgt sich aber nicht recht mit unserer bisherigen Lebensweise, da sie vom Körper sozusagen erst „verarbeitet“ werden muß, wozu ein verstärkter Kraft- und Stoffwechsel gehört. Deshalb erfordert sie eine Veränderung unserer gesamten Lebensweise, nämlich eine stärkere Muskelbetätigung, Abhärtung der Haut durch Wasser, Luft und Licht, häufiges Tiefatmen in möglichst reiner Luft.

Die meisten Menschen müssen also jetzt umlernen und sich umgewöhnen. Die Kinder gewöhnen sich besonders schnell an eine berbere, pflanzliche Kost, ein Beweis dafür, daß sie durchaus naturgemäß ist. Mit etwas guter Milch, die der gesunde Erwachsene nicht benötigt, gedeihen sie in gesunder Luft und bei guter Pflege meist vorzüglich.

Im allgemeinen gilt es also, die Ernährungs- und Lebensweise unserer Voreltern wieder anzunehmen, bei der sie auf dem Lande gesund und stark geworden sind. Dabei wird man auch bald herausfinden, daß alkoholhaltige Getränke, harter Kaffee und viel Tabak leichter entbehrt werden können, ohne daß unser Lebensgenuss im geringsten geschmälert wird. Im Gegenteil: ein zunehmendes Gesundheitsgefühl, wie wir es früher kaum für möglich gehalten hätten, ist erfahrungsgemäß die Folge, ruft alle noch schlummernden und sonst gebundenen körperlichen und seelischen Energien auf den Plan und steigert Lebensmut und Tatkraft bis zu den äußersten Grenzen, wie es die heutige Lage der Nation erfordert.

Sprechsaal.

Kann die Fleischrate erhöht werden?

Diese Frage beantwortet der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg Dr. Ruchnyski darin, daß die wöchentliche Fleischration von 250 Gr. um 100 Gr. erhöht werden könnte, wenn in diesem Winter nur eine Million Schweine mehr geschlachtet werden würde, als nach seiner Angabe jetzt vorgesehen ist.

Dr. Ruchnyski ist ein bekannter theoretischer Statistiker und hat als solcher seine Verdienste und seine ebenso großen Schattenseiten. Bei dieser seiner Fleischrechnung verfällt er aber in den alten Fehler, ohne Rücksicht auf die jetzigen tatsächlichen Verhältnisse mit Zahlen zu arbeiten, die gar keine Vergleiche mit der ersten Kriegszeit, geschweige denn mit den Friedensjahren zulassen. Aber auch die von ihm angegebenen Zahlen selbst sind nicht richtig. Zunächst trifft die Behauptung nicht zu, daß wir jetzt ebensoviel Schweine wie zur gleichen Zeit des Vorjahres haben. Vergleichbar sind hierbei nur die Zahlen der Viehzählungen vom 1. Oktober 1915 und vom 1. September 1918. Am ersten Termin betrug die Zahl der Schweine in Deutschland 18,2 Mill., in diesem Jahre 17,2 Mill., die der Schweine unter einem Jahre 17 Mill., bzw. 15,4 Mill. Die Abnahme ist in Wirklichkeit noch bedeutend größer; denn es müssen für 1918 die Schlachtungen des Monats September abgezogen werden. Es steht uns also in diesem Jahre durchaus nicht dieselbe Zahl an Schlachtschweinen zur Verfügung wie 1915. Und was den „ähnlichen Mastviehstand“ anlangt, so wird jeder Kenner der Verhältnisse Herrn Dr. R. darüber belehren können, daß diese Ähnlichkeit doch nur sehr gering ist, und daß die Schweine infolge des andauernden Mangels an Kraftfuttermitteln bei weitem nicht auf dieselbe Masthöhe wie in den vorigen Jahren gebracht werden können. Es würde also selbst bei gleicher Zahl der Schlachtungen nicht dieselbe Fleischmenge für die Bevölkerung herauskommen. Wir haben wohl in den Friedenswintern einschließlich der Haus-

schlachtungen mit etwa 4,3 Mill. folgende Schweine geschlachtet: 1912/13 = 13,4 Mill., 1913/14 = 14,2 Millionen. Diese Zahl stieg im Winter 1914/15 auf 15,8 Mill., um dann aber im Winter 1915/16 auf 9,2 Mill. zu sinken. Daß im Winter 1916/17 angeblich nur 6 bis 7 Mill. Schweine geschlachtet werden sollen, ist eine völlig unbegründete Mutmaßung Dr. R.s. Aber selbst angenommen, es würden diesem Winter insgesamt nur 6,5 Mill. Schweine geschlachtet werden, so ergäbe das, zu dem hohen Durchschnittsgewicht der Friedenszeit von 85 Kilo (von der Reichsfleischstelle wird gegenwärtig ein Durchschnittsgewicht von 80 Kilo den Versorgungsberrechnungen zugrunde gelegt) gerechnet, eine Menge von 522,5 Mill. Kilo Schweinefleisch, und bei einer fortgeführten Bevölkerung von 69,5 Mill. einchl. des Heeres für das laufende Winterhalbjahr 305 Gr. auf den Kopf und die Woche.

Nach den Mitteilungen des Leiters der Reichsfleischstelle, Geheimrat v. Oertel, über unsere Fleischversorgung, kommen von den gewöhnlichen Schweineschlachtungen nur 11,14 v. H. der in den letzten Jahren vor dem Kriege vorgenommenen Schlachtungen für die bürgerliche Bevölkerung in Betracht, alles andere geht an die Heeresverwaltung. Selbst wenn man von der Bevölkerung des Deutschen Reiches nicht den harten Heeresbezug abrechnet, würde eine Million Schweineschlachtungen mehr in den 26 Winterwochen nicht 100 Gr., sondern nur 47 Gr. mehr Fleisch für die Bevölkerung bedeuten, bei 11,14 v. H. der winterlichen Friedensschlachtungen von 1912 bis 1914 sogar nur etwas über 10 Gr. Es ist also unerfindlich, wie Herr Dr. Ruchnyski das Kunststück fertig bringen will, durch Vermehrung der Schweineschlachtungen den wöchentlichen Fleischanteil um 100 Gr. zu erhöhen.

Die neugegründete Vereinigung der Tierfreunde Deutschlands wendet sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, woraus wir hervorheben: Die Tierkulturreine entwickelten ihre Haupttätigkeit in der Wohlfahrtspflege für das einzelne leidende Tier, in der Beeinflussung der Jugend usw. und sind meist örtlich auf enge Kreise begrenzt. Die Hundezucht-, -sport- und Jagdkulturreine haben ihre Sachaufgaben. Es fehlte bisher ein Zentralverband, der für die berechtigten Interessen der Haustierbesitzer, und zwar im ganzen deutschen Sprachgebiet, eintritt und einen großzügigen Tierschutz beginnt. Diese Lücke will die Vereinigung der Tierfreunde Deutschlands ausfüllen. Da Voraussetzung für einen wirksamen Schutz der Hundebesitzer die wissenschaftliche Klärung der Tollwutfrage ist, bildet die Vereinigung einen ständigen Ausschuss zum Studium der Tollwut unter Heranziehung des medizinischen, tierheilkundlichen und statistischen Materials sowie entsprechender Fachleute, Ärzte, Tierärzte, Nationalökonomien usw., und wird dafür eintreten, daß tollwutverdächtige Tiere nicht ohne weiteres getötet, sondern daß durch eine längere Beobachtung unter entsprechenden Vorkehrungsmaßnahmen der Tollwutverdacht ergründet wird. Mit Hilfe von tierfreundlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten wird auf die notwendige Milderung der Viehschuldengesetzgebung hingewirkt und eine den großstädtischen Verhältnissen angepasste Form der Ausführung von Hundesperren angekrebt werden: anstelle des Peinens und Maulkorbzwanges entweder den Peinen oder den Maulkorbzwang. Eine wissenschaftlich begründete Aufklärungs- und Abwehrbewegung deckt sich mit dem öffentlichen Interesse und findet in weiten Kreisen lebhaften Widerhall. Die Geschäftsstelle des Schutzverbandes, Berlin-Wilm., Pfalzburgerstraße 62, gibt Tierfreunden weitere Auskunft.

Literatur.

B. Cronberger, Jahrbuch für den Kleingartenbau, unter Mitwirkung von Fachleuten herausgegeben. Frankfurt a. M. Verein zur Förderung des Kleingartenbaues. 14. Jahrgang. Preis 50 J. In Partien billiger. — Pünktlich wie schon seit 14 Jahren ist das Jahrbuch für Kleingartenbau erschienen. Jeder Kleingärtner muß seine Freude an diesem Buchlein haben, dessen gediegener, mit Sorgfalt ausgewählter Inhalt gänzlich in den Dienst der Volksernährung gestellt ist. Bei jedem Monat ist auf die wichtigsten Gartenarbeiten unter Voranstellung eines sinnigen Spruches hingewiesen. Der hübsche Notizkalender ist eine Fundgrube für jeden Kleingärtner, ein treuer Beisitzer und Ratgeber für das ganze Jahr.